

Antrag S-01
UB Leverkusen**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an die Bundestagsfraktion**Der Landesparteitag möge beschließen:****Alterssicherung**

- 1 SPD-Abgeordnete in Parlamenten und SPD-Vertreter in
- 2 entsprechenden Kommissionen setzen sich dafür ein,
- 3 dass
- 4
- 5 - das Nettorentenniveau (vor Steuer) dauerhaft mindes-
- 6 tens auf über 50 % bleibt,
- 7 - die gesetzliche Rente die tragende Säule der Altersvor-
- 8 sorge bleibt,
- 9 - der Kreis der Pflichtversicherten ausgeweitet wird, z.B.
- 10 durch Einbeziehung von Abgeordneten, Beamten, Selb-
- 11 ständigen (Ziel Erwerbstätigenversicherung),
- 12 - die Beitragsbemessungsgrenze entfällt,
- 13 - die gesetzliche Rentenversicherung nicht weiter durch
- 14 versicherungsfremde Leistungen belastet wird und
- 15 - das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter stei-
- 16 gen darf.

17

Begründung

18

19
20 Das sog. Rentenniveau zeigt die Relation zwischen der
21 Höhe einer Rente (45 Jahre Beitragszahlung auf Basis
22 eines durchschnittlichen Einkommens) und dem durch-
23 schnittlichen Einkommen eines Arbeitnehmers/einer
24 Arbeitnehmerin.

25 Das Ergebnis der Rentenkommission für die künftige Al-
26 terssicherung erfüllt nicht die Anforderungen, die von
27 einer gerechten und solidarischen Altersvorsorge erwar-
28 tet werden. Während das Rentenniveau für 2022 noch
29 bei 49,4 % liegt und in 2023 und 2024 sogar noch
30 leicht steigen soll, prognostizieren die Vorausberech-
31 nungen der Bundesregierung im jährlichen Rentenver-
32 sicherungsbericht ein Absinken des Rentenniveaus auf
33 unter 43 Prozent bis zum Jahr 2035.

34

35 Bis zum Jahr 2025 garantiert der Gesetzgeber ein Ren-
36 tenniveau in Höhe von mindestens 48 Prozent. Sollten
37 die Vorausberechnungen der Bundesregierung im jährli-
38 chen Rentenversicherungsbericht ein Absinken des Ren-
39 tenniveaus auf unter 43 Prozent bis zum Jahr 2030 pro-
40 gnostizieren – was derzeit nicht der Fall ist -, ergibt sich
41 aus den Vorschriften des Sozialgesetzbuches VI, dass
42 dem Gesetzgeber geeignete Maßnahmen zum Gegen-
43 steuern vorzuschlagen sind. Für die Zeit nach 2030 ist
44 hingegen keine Untergrenze für die Entwicklung des
45 Rentenniveaus vorgesehen.